

Antrag zur Durchführung einer Urabstimmung über endgültige Angebote für Semestertickets für die StuRa-Sitzung am 7.1.13

Antragssteller: AG Semesterticket, Verkehrsreferat

Dieser Antrag wird in der Sitzung am 21.1. abgestimmt, in der Sitzung am 7.1. wird er lediglich vorgestellt

Der StuRa möge Folgendes beschließen:

Über das endgültige Vertragsangebot des VRN für ein VRN-Semesterticket und über endgültige künftige Angebote zum Beispiel für ein landesweites Solidarticket wird es zu dem jeweiligen Angebot immer eine Urabstimmung geben. Durch eine Informationskampagne mit Urversammlungen wird der Studierendenrat über diese Urabstimmung informieren.

Damit möglichst viele Studierende angesprochen werden, werden mehrere Urversammlungen an möglichst jedem Campus (zum Beispiel in Bergheim, Feld, Altstadt, Mannheim) stattfinden. Der StuRa ruft die Fachschaften und Hochschulgruppen dazu auf, bei der Durchführung von Informationskampagne und Urabstimmung mitzuwirken. Für den Fall, dass das Quorum von 10 Prozent verfehlt werden sollte, wird der Studierendenrat das Ergebnis der Urabstimmung angemessen berücksichtigen.

Der StuRa evaluiert diese erste Urabstimmung (Informationskampagne, Kosten, Aufwand/Nutzen, Akzeptanz/Interesse der Studierenden).

Begründung:

Für das Semesterticket gibt es zwei mögliche Finanzierungsmodelle: Zum einen das sogenannte Solidarticket, nach dem jede*r Studierende ein Ticket für jedes Semester kaufen muss, zum anderen gibt es (s.o.) das Sockelmodell, nach dem alle Studierenden einen verpflichtenden (Sockel-)Betrag (aktuell 22,50 Euro) bezahlen, wobei das Ticket zusätzlich vom VRN (für aktuell 145,00 Euro) erworben werden kann.

Damit betrifft das Semesterticket in jedem Fall alle Studierenden der Universität.

Wie aus der Umfrage zum Semesterticket im Dezember 2013 hervorgegangen ist, gibt es beim Preis, Finanzierungsmodell als auch beim Ausdehnungsbereich viele verschiedene Interessen. Es ist beispielsweise nicht ohne Weiteres festzustellen, ab wann ein Semesterticket sozialverträglich ist oder nicht. So könnte zum Beispiel ein landesweites Solidarticket für viele ein Vorteil sein, für viele aber auch eine hohe verpflichtende Mehrausgabe bedeuten. Damit alle Interessen angemessen berücksichtigt werden können, sollten alle Studierenden in den Entscheidungsprozess miteingebunden werden.